Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 62 (1968)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : es geht vorwärts! ; Ein zerfallendes System ; Westdeutsche Krise ; Fortschritt und Beharrung im Ostblock ; Magere Entwicklungshilfe

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141442

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ausführlich über die Verwendung von Napalm durch die Amerikaner im Vietnamkrieg, auch gegen die Zivilbevölkerung. Anschliessend an die Verlesung einiger Proklamationen und Angriffe gegen die USA verbrannten die Demonstranten beim Bürkliplatz eine lebensgrosse Puppe mit drei Liter Napalm. Das vom schwarzen Rauch angelockte zahlreiche Publikum, rund 500 Personen, zeigte sich von der Demonstration — das unlöschbare Napalm brannte über 15 Minuten — sehr beeindruckt. Der anschliessende Marsch zum europäischen Sitz des Hauptherstellers des Napalms, die Dow Chemical Company, verlief friedlich. Das Gebäude war durch etwa 50 Polizisten vollständig abgeriegelt. Beim Polizeikordon angelangt, verlasen die Demonstranten nochmals ihre Protestschriften.

National-Zeitung, Nr. 195, 29. April 1968

Eine Armee lernt gegen die Armut kämpfen

Tausende junger Tansanier werden gedrillt, nicht um gegen ein fremdes Land zu kämpfen, sondern gegen «Armut, Unwissenheit und Krankheit» im eigenen Land.

Pickel, Spaten und Hacken brauchen sie statt Gewehre. Ihre politische Erziehung erhalten sie in Vorträgen von Ministern und TANU Parteibeamten. Nach fünf Monaten Rekrutenschule, in der sie den Wert der Einheit und der Aufbauarbeit für Tansania kennen lernen, werden sie in Farmen und landwirtschaftlichen Projekten angestellt. Im Lager wird kein Unterschied zwischen den Stämmen gemacht und kein Unterschied zwischen Afrikanern und Arabern.

Diesen erfreulichen Bericht verdanken wir dem «Star Johannesburg» vom 9. April 1968, einer der mutigsten Zeitschriften Südafrikas.

WELTRUNDSCHAU

Es geht vorwärts! Im Dezemberheft 1967 unserer «Neuen Wege» schrieb ich in einem Ausblick auf das neue Jahr, die Weltlage sei weithin durch eine Verkrustung in unfertigen, unhaltbaren Zuständen gekennzeichnet, die aber offenkundig auf grundlegende Wandlungen in der Richtung auf eine Ordnung sozialer Gerechtigkeit und friedlichen Zusammenlebens der Völker hindrängten. Solche Wandlungen bahnen sich nun früher, als ich dachte, aber ganz unzweideutig an. Das gilt vor allem vom *Vietnamkrieg* und – damit eng zusammenhängend – von *Amerika.* Sie sind aber auch in Europa im Gang, besonders deutlich sichtbar im Ostblock und in Westdeutschland, und wenn die Anzeichen nicht trügen, wird bald Südeuropa – Griechenland, Italien, Spanien, Portugal – ebenfalls an die Reihe

kommen, nicht zu reden von Afrika, Lateinamerika, dem Nahen und dem Fernen Osten, diesen Erdteilen, die schon längst in fast stürmischer Bewegung sind. Auch im Völkerleben ist so etwas wie Frühlingserwachen eingetreten!

Es scheint freilich, dass in bezug auf die *Beendigung des Vietnamkrieges* die Beharrungs- und Hemmungskräfte noch immer stärker seien als die vorwärts drängenden Kräfte, die durch Präsident Johnsons Befehl zur Einstellung des Luftkrieges gegen Nordvietnam (ausgenommen die Grenzgebiete zwischen Nord- und Südvietnam) ausgelöst wurden. Bis zum Augenblick, da ich dies schreibe, haben sich Washington und Nordvietnam noch nicht einmal über den Ort zu einigen vermocht, an dem über die Beendigung *aller* Feindseligkeiten gesprochen werden soll. Was soll man da, so fragt man sich überall, von den Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden selber erwarten? Wird nicht der berühmte Silberstreifen am Horizont, der sich bereits gezeigt hat, wieder verschwinden und dem Dunkel und Grauen einer Neuaufnahme und Verschärfung des Gemetzels Platz machen?

Ich bin fest überzeugt, dass es dazu nicht mehr kommen wird, trotz der begrenzten Fortsetzung der Feindseligkeiten. Der Regierung von Hanoi pressiert es zwar nicht sehr mit der tatsächlichen Aufnahme von Waffenstillstands- und Friedensgesprächen. Sie will offenbar den Eindruck erwecken, dass Nordvietnam den Krieg noch lang, ja bis zum «sicheren Endsieg» weiterzuführen vermöchte, während die Vereinigten Staaten am Ende ihrer Kräfte stünden. Vielleicht denkt sie sogar daran, den Krieg sich bis zur amerikanischen Präsidentenwahl hinschleppen zu lassen, um mit einem neuen USA-Präsidenten besser reden zu können als mit dem schwerbelasteten und gehemmten Mr. Johnson. Und inzwischen, so könnte sie rechnen, werde die Puppenregierung in Saigon zusammenbrechen, nicht zuletzt unter dem Druck neuer Angriffe des Vietcong auf die von den Amerikanern noch gehaltenen Stellungen in Südvietnam. Wie dem auch sein mag: die Vereinigten Staaten *müssen* so schnell wie möglich einigermassen anständig aus dem Krieg herauskommen – jetzt oder nie. Noch führen die Scharfmacher um Rusk, Rostow und die Militärgrössen mit ihren Spitzfindigkeiten um das Drum und Dran der Verhandlungen mit dem Feind kleinliche Rückzugsgefechte. Aber damit vermögen sie eben doch die entscheidende Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, dass die Regierung von Washington durch den Mund ihres Präsidenten am 31. März dieses Jahres nur wenig verschleiert eingestanden hat, es sei für die Vereinigten Staaten unmöglich, einen militärischen Sieg in Vietnam zu erringen, und es bleibe ihnen nichts anderes mehr übrig als sich früher oder später aus Vietnam, ja aus ganz Südostasien zurückzuziehen. Dieses Eingeständnis hat eine psychologische Lage geschaffen, die es unmöglich macht, das amerikanische Volk für eine allumfassende Wiederaufnahme des Krieges, und gar noch «auf höherer Ebene», mit Atomwaffen und mit einem Angriff auf China, zu gewinnen. Allein schon die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen eines solchen Unterfangens müssten katastrophal sein, würde doch der wackelnde Dollar einen derartigen Stoss nicht mehr aushalten. Es sieht alles danach aus, dass die kapitalistische Ober-

schicht in den Vereinigten Staaten den Vietnamkrieg abgeschrieben hat und sich darauf beschränken muss, aus dem Zusammenbruch der amerikanischen Weltmachtpolitik in Asien zu retten, was noch zu retten ist.

Präsident Johnson selbst hat allen Grund, das Mögliche zu tun, um recht bald Frieden mit Vietnam herzustellen. Gelingt ihm das, dann geht er trotz all seinen Fehlleistungen als selbstloser, grossherziger Friedensstifter in die Geschichte ein. Gelingt es ihm nicht, so hat er in den Augen seiner Landsleute wenigstens alles versucht, um das Vietnamabenteuer erträglich zu beendigen. Ja, er könnte sich vielleicht sogar von seiner Partei doch noch zur Annahme einer neuen Kandidatur für die Präsidentenwahl «zwingen» lassen, um einen Sieg der Republikaner zu verhindern – sofern er nicht klug genug ist, sich nicht der grossen Gefahr auszusetzen, dass er dann trotz allem eben doch geschlagen würde und mit einer doppelten Abwertung in die Geschichte eingeht: als Verlierer des Vietnamkriegs und als Verlierer der Wahlschlacht von 1968.

Von jedem Standpunkt aus betrachtet ist somit der Versuch, halbwegs glimpflich aus dem Vietnamkrieg herauszukommen, für die Vereinigten Staaten der einzig vernünftige Weg. Es wird für die Amerikaner peinlich genug sein, vorderhand nur noch einige «Igelstellungen» in Südvietnam behaupten zu dürfen, als Übergang zur vollständigen Räumung des Landes in einem späteren Zeitpunkt – wenn sich Nordvietnam und der Vietcong überhaupt auf einen Frieden unter solchen Bedingungen einlassen. Gänzlich widersinnig, ja geradezu wahnsinnig wäre es hingegen, wollten die USA versuchen, den schon verlorenen Krieg doch noch zu gewinnen. Sie müssten zu diesem Zweck ihre Vietnamarmee, die jetzt eine halbe Million stark ist, um ein Mehrfaches verstärken, eine Nachschuborganisation von beispiellosem Umfang einrichten, die ganze Wirtschaft auf Kriegsfuss bringen, Staatsfinanzen und Währungssystem ruinieren und dazu noch China wie die Sowjetunion sich als Kriegsgegner auf den Hals laden. Es ist schwer zu glauben, dass es in Washington eine Regierung geben könnte, die diesen Selbstmordweg zu beschreiten verrückt genug wäre. So bleibt eben einigermassen verantwortlich denkenden Staatsmännern der USA keine andere Wahl als den Rückzug aus Vietnam vorzubereiten und all ihre Kunst darauf zu verwenden, dass dieser Rückzug wenigstens nur stufenweise erfolgt...

Ein zerfallendes System Tiefer blickende Beobachter der Vorgänge im politischen und sozialen Betrieb der Vereinigten Staaten sehen im Scheitern des Vietnamunternehmens freilich nur einen Ausdruck des drohenden Zerfalls der ganzen Zivilisationsgrundlage, auf der die USA beruhen. Wie es sich mit der äusserlich so imponierend und glanzvoll dastehenden amerikanischen Zivilisation in Wirklichkeit verhält, ist an dieser Stelle immer wieder aufgezeigt worden. Erst vor kurzem haben wir auf die erschreckenden Zustände in den amerikanischen Grossstädten hingewiesen, wie sie in einem aufsehenerregenden Bericht des USA-Gewerkschaftsbundes dargestellt werden. Ganz allgemein hat sich das drüben herrschende Staats- und Gesellschaftssystem als unfähig erwiesen, Wohlstand

und Bildung den 40 oder 50 Millionen amerikanischer Menschen zuteilwerden zu lassen, die am Rand von Elend und Verkommenheit dahinleben. Und erst die Negerfrage!

Es ist schon so: die ganze Innen- und Aussenpolitik der Vereinigten Staaten begegnet wachsendem Misstrauen und Zweifel im Volk, nicht zuletzt in den Schichten der Gebildeten und der reiferen Jugend. «Die politische Opposition», so schreibt in der «New York Times» deren Washingtoner Redaktor James Reston, «bietet keine neue Lösung, die das Vertrauen einer Mehrheit des Volkes findet. Die Hauptkrise ist nicht Vietnam selbst oder liegt nicht in den Städten, sondern in dem Gefühl, dass das politische System, das mit diesen Dingen fertig werden soll, zusammengebrochen ist.» Und der Chefredaktor des Londoner «New Statesman», Paul Johnson, findet (12. April): «Es ist eine Ironie, dass Amerika, das seit 1945 so besessen von seiner Sicherheit gewesen ist, das so bereitwillig Millionen an Unterstützungen und Hilfsgeldern ins Ausland fliessen lässt und Eindämmungskriege Tausende von Meilen von zu Hause entfernt führt, es erlaubt, dass sich die ganze Zeit über auf seinem eigenen Boden eine Bedrohung seines nationalen Lebens entwickelt hat, die unendlich ernster ist als alles, was die Kommunisten ins Werk setzen könnten. Was nützt es einer Supermacht, Saigon zu halten, wenn ihre eigene Hauptstadt in Flammen steht und Polizeikräfte das Haus des Präsidenten beschützen müssen? Das ist die Strafe für Weltmacht.»

Die jüngsten Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen, die sich in Washington und Dutzenden anderer amerikanischer Städte im Anschluss an die *Ermordung Martin Luther Kings* ereignet haben, sind tatsächlich mehr als bedenkliche Zeichen einer fast verzweifelten *Rebellionsstimmung,* die sich unter den amerikanischen Negern ausbreitet. Das waren nicht mehr Unruhen, wie sie in den letzten Jahren, aus örtlichen Zwischenfällen erwachsen, in Harlem, Watts, Chicago, Detroit und zahllosen anderen Städten voll schwarzen Elends vorkamen und wochen- oder monatelang andauerten. Die neuen Unruhen, von denen bei ungeheurem Sachschaden Dutzende von Menschen zum Opfer gefallen sind, brachen schlagartig aus, als Antwort auf eine einzelne Schandtat, und erfassten sofort nicht weniger als 80 Städte der USA. Und es ist wohl nur zu richtig, wenn besorgte weisse Amerikaner in ihnen den Beweis dafür sehen, dass sich der Negerbevölkerung in zunehmendem Masse Hoffnungslosigkeit gegenüber der Bewegung für eine gewaltfreie Lösung der Negerfrage bemächtigt hat, wie sie unter der Führung von Dr. King so grossartig in Gang gekommen ist. Es geht jetzt – wie wir schon früher oft genug festgestellt haben – für die amerikanischen Neger mehr und mehr gegen die ganze «Ordnung», die an der Entrechtung und Verelendung des Negervolkes schuld ist. Es geht, wie Andrew Kopkind im «New Statesman» (12. April) bitter ausruft, gegen «eine brutale, blinde und gewalttätige Gesellschaft, die von ihrer sagenhaften Menschlichkeit lebt, die sich der Gleichheit verschrieben hat und auf Rassentrennung beruht, die Demokratie verkündet und Ausbeutung betätigt.» Und dass diese Gesellschaft nur durch Gewaltrevolution zu zerbrechen sei, das ist die tiefe Überzeugung Hundertausender

der aufgewecktesten und tatkräftigsten Männer und Frauen des nordamerikanischen Negervolkes.

Darüber hinaus aber kündigt sich mit dem Scheitern des amerikanischen Vietnamkrieges ein Zerfall der Weltmachtstellung der Vereinigten Staaten an, der bei weitem nicht auf Ostasien beschränkt ist und dessen Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind. Der Katastrophe des deutschen Weltreichstrebens und der Auflösung des britischen und des französischen Imperiums, die wir in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben, folgt nun die Verflüchtigung des Traumes von einem «amerikanischen Jahrhundert». Der kapitalistische Imperialismus – *jeder* Imperialismus – erweist seine innere Unsittlichkeit und seine äussere Brüchigkeit allmählich auch für die Augen derjenigen, die sich durch seine Scheinerfolge und seinen Flitterglanz noch immer blenden lassen. Haben wir nicht Grund, das Nahen eines Zeitalters zu erwarten, in dem die Völker, frei von Kriegen und Kriegsfurcht, sich dem Aufbau eines Gemeinschaftslebens widmen können, dessen Grundlagen Gerechtigkeit und gegenseitige Hilfe, Freiheit und Menschenwürde sein werden?

Westdeutsche Krise Sind die Tage des kapitalistischen Imperiums auch in *Westdeutschland* gezählt? Die Frage stellt sich überraschenderweise heute sehr ernstlich. Überraschenderweise darum, weil mindestens in Westdeutschland der zweimalige katastrophale Zusammenbruch der deutschen Weltherrschaftspolitik bisher nicht zu einem wirklichen Gesinnungswandel im Volk, bei seinen Parteien und seiner Regierung geführt hat. Die unseligen alten Mächte, die entscheidend für den Ausbruch der beiden Weltkriege verantwortlich sind, sind aufs neue, und sogar gewaltig verstärkt, obenaufgekommen, nur notdürftig getarnt durch eine Fassade angeblichen Friedenswillens und demokratischer Betriebsformen. Davon ist in unseren internationalen Rundblicken unzähligemal die Rede gewesen, zuletzt im Februarheft dieses Jahres. Dabei fragten wir uns, wie das alles weitergehen solle angesichts der Unklarheit und Schwäche der sogenannten ausserparlamentarischen Opposition, die durch die offenbare Unmöglichkeit eines Umschwungs im Rahmen der bestehenden Parteien und ihres Parlamentarismus auf den Plan gerufen worden sei.

Inzwischen hat der Mordanschlag auf den radikalen Studentenführer Rudi Dutschke und was darauf folgte eine eigentliche *politische Krise* in der Bundesrepublik erzeugt. Ich habe «zufällig» die erregten Tage vor und nach Ostern in Süddeutschland verbracht und bin auch mit jungen Menschen zusammengetroffen, die stolz darauf waren, «Revolution gemacht» zu haben. Darf ich darum hier den Gesamteindruck zusammenfassen, den diese ganzen «jugendbewegten» Vorgänge bei mir hinterlassen haben?

Vor allem sei festgestellt, dass die Reaktion der herrschenden Gewalten – der Regierungen, des Grossteils der Presse, der Parteien und ihres Anhangs – auf die Ereignisse denkbar falsch und verlogen war. Die hysterisch anmutenden Aufrufe zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung –

«Ruhe ist jetzt erste Bürgerpflicht», wie es in Preussen schon 1806, nach der Niederlage von Jena, hiess – und die Drohung, die ganze Macht des staatlichen Unterdrückungsapparats einzusetzen, wenn es «so» weitergehe, konnten und sollten nur von dem Verständnis des wirklichen Sinnes der *Studentenrevolte* ablenken. Die gehäuften Bekenntnisse zu demokratischer Austragung politischer Gegensätze und die hochmoralische Verurteilung aller Gewaltanwendung tönten einem widerlich in den Ohren, wenn man daran dachte, dass auch in der Bundesrepublik Deutschland seit zwanzig Jahren eine Hetze gegen alles «Kommunistische» betrieben wird, die sich nicht nur in dem Verbot der Kommunistischen Partei niederschlug, sondern auch in der Verfolgung, Entrechtung und verleumderischen Anschwärzung zahlloser Menschen und Gruppen, die irgendwie als linksradikal gekennzeichnet werden konnten, während beispielsweise die Nationaldemokratische Partei, die Nachfolgeorganisation der Hitlerbewegung, ihre Tätigkeit fast ungestört ausüben darf. In Westberlin insbesondere wurden bei Kundgebungen der «Ordnungskräfte» noch vor kurzem Spruchbänder herumgetragen mit Losungen wie «Dutschke ins KZ», «Nieder mit Dutschke», «Studenten – raus aus Berlin», «Dutschke an den Galgen». Bürgermeister Klaus Schütz selber rief den «ordnungsliebenden» Demonstranten zu: «Seht euch diese Typen an, dann wisst ihr, mit wem ihr es zu tun habt!» Ist es da im geringsten verwunderlich, dass ein so aufgehetzter junger Mann, der Dutschke auf der Strasse entdeckte, sofort den Revolver zog und gegen ihn abfeuerte, sagte er doch selber aus, dass er Dutschke einfach deshalb habe töten wollen, weil er Kommunist sei (was nicht einmal stimmt)?

Unter diesen Umständen an den unerfreulichen Begleiterscheinungen der Kundgebungen gegen den Anschlag auf Dutschke hängen zu bleiben und sie noch grotesk zu dramatisieren, war nicht allein wiedersinnige Heuchelei; es war und ist nur der Versuch, die *Ursachen* der Unruhe unter den Studenten totzuschweigen und allein ihre *Äusserungen* zu unterdrücken. Und wo diese Ursachen liegen, sollte nachgerade wirklich kein Geheimnis mehr sein. Die jüngsten Ausschreitungen der Studenten, unter Führung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, richteten sich besonders gegen die Einrichtungen der berüchtigten Springerpresse, dieses polypenartig ganz Westdeutschland erfassenden Riesenkonzerns, dessen Wirksamkeit im bereits erwähnten Februarheft der «Neuen Wege» gekennzeichnet wurde. Bei einem Jahresumsatz von einer Milliarde Mark und einem Reingewinn (1966) von rund 60 Millionen drucken Springers Rotationspressen 40 Prozent aller in Westdeutschland verkauften Zeitungsexemplare, 81 Prozent aller überregionalen Blätter und 90 Prozent aller Sonntagszeitungen. Im Jahr 1966 stieg die Auflage der «Bildzeitung» viermal so schnell wie diejenige aller westdeutschen Tageszeitungen zusammen. (Nach dem Westberliner «Extrablatt», dem Organ der Bewegung für Demokratie und Abrüstung). Nach der gleichen Quelle sagte Springer jüngst mit zynischer Offenheit: «Ich bin mir seit Kriegsende darüber klar, dass der deutsche Leser eines auf keinen Fall wollte, nämlich nachdenken. Darauf habe ich meine Zeitungen eingestellt.» Ein Hohn auf alle freie Meinungsbildung!

Und ein solcher Zustand sollte nicht den Zorn junger Menschen erregen, die man angeblich zu Demokraten erziehen will?

Aber das ist ja nur *eine* Seite des Gesamtbildes, das die westdeutsche «Demokratie» darbietet. Nicht weniger herausfordernd ist ihre Beherrschung durch die geballte Macht des Industrie- und Finanzkapitals, ist der unmögliche Zustand des Bildungswesens (unter dem die Hochschulen besonders leiden), die gewaltige Aufblähung der neuen Wehrmacht («zum Schutz gegen einen russischen Angriffskrieg» ...), überhaupt die ganze friedensfeindliche Aussenpolitik der «schwarz-roten» Bonner Regierung, die nun mit ihrer wenn auch etwas gemilderten Notstandsgesetzgebung vorsorglich ein neues Diktaturregiment bereitstellt. Kurz, es ist nicht weniger als die ganze Innen- und Aussenpolitik der Bundesregierung, die von den vorwärtsdrängenden Gruppen der westdeutschen Studentenschaft immer energischer abgelehnt wird und eine Stimmungslage erzeugt, aus der bei einer weiteren Verstockung der solidarisch am Bestehenden interessierten grossen Parteien die gefährlichsten Erschütterungen erwachsen können.

Es ist darum so verfehlt wie möglich, den unerwartet grossen Erfolg der *Nationaldemokratischen Partei* bei den jüngsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg den Kundgebungen der Studenten gegen den Mordversuch an Dutschke in die Schuhe schieben zu wollen. Das Aufkommen und die rasche Verbreitung dieser Nachfolgepartei der nationalsozialistischen Massenbewegung ist vielmehr in erster Linie die Antwort auf die Unfähigkeit und Unwilligkeit der übrigen Parteien, einen ganz dicken Strich unter den Hitlerstaat zu ziehen, auf die kaum notdürftig verhüllte Wiederaufnahme der antikommunistischen Generallinie des Dritten Reiches und auf den ungebrochenen Nationalismus und Militarismus, der auch das «Vierte Reich» kennzeichnet. Wenn schon *tatsächlich* der Nazismus wieder hoffähig geworden ist — so sagen sich zahllose «nationalgesinnte» Westdeutsche —, warum es nicht auch *offen* anerkennen und dem ganzen Bonner System den Kampf ansagen? Und wenn es gegen dieses System keine Opposition von *links* gibt, wenn die *Sozialdemokratie* mehr und mehr ein fester Bestandteil des Bonner Regimes geworden ist, warum sollte man dann nicht auch einmal der Opposition von *rechts* die Stimme geben, um «denen da oben» zu zeigen, dass es so wie bisher nicht weitergehen darf? Sogar die «Neue Zürcher Zeitung» stellt im Hinblick auf die schwere Niederlage der Sozialdemokratischen Partei fest: «Es ist der SPD offensichtlich nicht gelungen, durch ihre Wandlung zur Volkspartei einen festen Stamm neuer Wähler um sich zu scharen. Sie verdankte ihre Fortschritte über die traditionellen 30 Prozent hinaus vor allem ihrer Stellung als *Oppositionspartei.* Der Flugsand verwehte, als die SPD in die Regierungsverantwortung eintrat und sich rechts aussen in der NPD eine neue Möglichkeit des Protestes gegen die bestehende Ordnung eröffnete.»

Die Studenten für das Anschwellen der «nationaldemokratischen» Opposition verantwortlich zu machen, heisst einfach den Kopf in den Sand stekken. Dies umsomehr, als die Studenten mit ihrem Oppositionsdrang nicht allein stehen. Im «New Statesman» erklärte es Corinna Adam noch vor den

Osterereignissen als «das hoffnungsvollste Zeichen» der gegenwärtigen Lage in der Bundesrepublik, dass die Studenten eine bedeutende Wirkung auf ihre ganze Generation ausübten. Die «kleine radikale Minderheit», die im SDS organisiert sein soll und nach amtlicher Darstellung nicht mit dem staatstreuen Grossteil der Studentenschaft verwechselt werden dürfe, nimmt sich in der Tat sonderbar aus, wenn man einer Umfrage des «Spiegels» entnimmt, dass vor kurzem nicht allein 74 Prozent aller westdeutschen Studierenden mit den studentischen Kundgebungen einverstanden waren, sondern auch 67 Prozent *aller* jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren sie unterstützten und 58 Prozent bereit waren, auf die Strasse zu gehen. «Jugendliche Arbeiter in Berlin, München und Hamburg», so berichtet die englische Beobachterin, «sagten mir, dass das politische Interesse unter der Arbeiterjugend in den letzten paar Monaten steil angestiegen sei. Wenn das so anhält und der Solidarisierungsvorgang fortdauert, werden die Behörden ihn nicht mehr zerschlagen können, und Westdeutschland wird einen hoffnungsvolleren Anblick bieten, als das in den vergangenen 20 Jahren der Fall war.»

Die Bedingungen nicht nur für die Erfüllung der studentischen «Fachanliegen», sondern für das Auswachsen der Studentenbewegung zu einer eigentlichen Volksbewegung scheinen somit erstaunlich günstig geworden zu sein. Seit Kriegsende eröffnet sich zum erstenmal eine wirkliche Aussicht auf einen heilsamen Gesamtumschwung des öffentlichen Lebens in Westdeutschland, wie wir alle ihn längst ersehnen. Umso notwendiger ist es, dass sich die Studentenbewegung von aller revolutionären Gewaltromantik befreit. Man versteht es, wenn im Blick auf das Elend des offiziell-politischen Betriebs und die Unbeweglichkeit der in der Wolle sitzenden Parteipolitiker etwa einmal eine Art Verzweiflungsstimmung über ganze Gruppen der jungen Generation kommen will. Aber aus solcher Stimmung eine strategische Theorie für den Sturz des herrschenden Systems zu machen, ist verfehlt. Die Lage in Westdeutschland ist nicht die gleiche, wie sie es für die nordamerikanischen Neger oder das lateinamerikanische Lumpenproletariat ist. Die Möglichkeiten einer Sammlung und Führung der Widerstandskräfte auf den Wegen friedlicher Überzeugung sind dort noch bei weitem nicht erschöpft. Und der Rektor der Universität Tübingen, Raiser, hat schon recht, wenn er sagte, die Studenten und besonders der SDS hätten bisher die Möglichkeit versäumt, die Bevölkerung aufzurütteln, an das Gewissen der Nation zu appellieren sowie für einen besseren politischen Stil und eine freiere Demokratie in Deutschland zu werben. Diese Aufgabe müssten sie jetzt an die Hand nehmen.

Die Hoffnung, dass der nun in so raschen Gang gekommene Aufstand der jungen Generation in Westdeutschland mithelfen werde, vor allem auch mit dem neuen Militarismus und Imperialismus in der Bundesrepublik Schluss zu machen, ist umso begründeter, als ähnliche Bewegungen ja in einer ganzen Reihe anderer Länder — sogar in bescheidendstem Mass auch in unserer konservativen Eidgenossenschaft — aufgebrochen sind. Und wenn auch Wolf Schenke in der Hamburger «Neuen Politik» (13. April) wohl

der Entwicklung etwas vorgreift, so ist doch noch genug Wahrheit in seiner Feststellung: «Für die Bewegung, die in unser Volk, vornehmlich seine denkende junge Generation, gekommen ist, sind die Tumulte der Ostertage Teilerscheinungen — vielleicht unvermeidliche Stadien, durch die sie hindurchgehen muss. Die Bewegung ist nur ein Teil einer weltweiten Umwälzung von säkularem Zuschnitt. In ihrer einschneidenden Bedeutung kommt ihr in unserem Lande höchstens die Reformation vor 450 Jahren nahe. Es geht nicht nur um mehr oder weniger grosse Veränderungen in den politischen Strukturen, sondern um viel, viel mehr. Wir erleben die Geburtswehen einer neuen Zeit.»

Fortschritt und Beharrung im Ostblock Ein Sturz des westdeutschen Wirtschafts- und Militärimperialismus würde, wie kaum besonders hervorgehoben werden muss, für Europa und die ganze Welt unabsehbar glückliche Folgen haben. Unmittelbare Wirkungen hätte er auf die Länge besonders auf die *Freiheitsbewegung im europäischen Osten.* Dass es die von Deutschland her drohende Gefahr gewesen ist, die aufs Stärkste zu der Befestigung des Diktatursystems in der Sowjetunion schon vor dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat, weiss jeder, der sich ohne antikommunistisches Vorurteil um die Erkenntnis der Tatsachen bemüht hat, und ist auch in den «Neuen Wegen» wiederholt dargestellt worden. Ähnliches gilt aber auch von den mittel- und osteuropäischen Volksrepubliken, die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges entstanden sind, als äusserer Schutzwall für die Sowjetunion, und zugleich mit einer inneren Verfassung, die dank der straffen Zentralisierung der Staatsmacht ebenfalls mithelfen sollte, einem erneuten deutschen Vordringen nach Osten und Südosten den Riegel zu stossen. Und wenn *etwas* dem vollen Durchbruch des Liberalisierungswillens in der Tschechoslowakei, in Polen, in Ungarn, auch in der ostdeutschen Republik, ja in der Sowjetunion selbst hindernd im Weg steht, so ist es die Furcht, eine Lockerung oder Aufhebung der Zwangsorganisation, die politisch über diesen Ländern liegt, müsse sie dem westdeutschen Drang nach Osten, dem Begehren nach einem Umsturz der Macht- und Grenzverhältnisse in Osteuropa fast wehrlos ausliefern. Der neue tschechoslowakische Aussenminister Hajek hat darum nachdrücklich erklärt, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland komme vorderhand nicht in Frage — eine deutliche Warnung an diejenigen Kreise, die im Eifer ihres Reformwillens über die Nichtanerkennung der deutschen Ostgrenzen durch Westdeutschland schonend hinwegsehen möchten.

Die innenpolitische Neuorientierung geht inzwischen in der *Tschechoslowakei* planmässig weiter. Die volle Wiederherstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit und der Auswanderungsfreiheit, die Trennung von Justiz und Politik, die wenigstens moralische Wiedergutmachung der «stalinistischen» Gerichtsurteile und Verwaltungsmassnahmen, eine föderalistische Neuregelung des Verhältnisses von Tschechen und Slowaken — all diese sehr tief einschneidenden freiheitlichen Reformen sind grundsätzlich

gesichert und werden auch gesetzlich in aller Form verankert werden. Die ganze politische Luft in der Tschechoslowakei ist schon heute anders, gesünder, reiner als noch vor wenigen Monaten.

Besonders wichtig ist natürlich die neue Wirtschaftspolitik, deren Hauptrichtung im Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei und ihm folgend in den Leitsätzen der Regierung Cernik vorgezeichnet worden ist. Die «Neue Zürcher Zeitung» jubelt schon darüber, dass die Tschechoslowakei nun — ähnlich wie Jugoslawien — «auf den Spuren des Kapitalismus und westlicher Demokratie» wandle. Und wenn man vernimmt, dass auch die tschechoslowakische Wirtschaft zum «freien» Wettbewerb, zum Abbau der zentralen Planung, zur Festsetzung der Preise nach der Marktlage, zu grösserer Selbständigkeit der einzelnen Unternehmungen und ähnlichen Neuerungen übergehen wolle, so ist tatsächlich die Annäherung an kapitalistische Grundsätze und Verfahren unverkennbar. Aber wie in der Sowjetunion und in der DDR, in Polen, Ungarn usw. das Gemeineigentum an den entscheidenden Produktions- und Verteilungsmitteln und im Grund auch die Planung der Wirtschaftstätigkeit entsprechend den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der Volksgesamtheit bestehen bleibt, so auch in der Tschechoslowakei. Von einer wirklichen Preisgabe des Sozialismus kann keine Rede sein, und die Hauptanstrengung der tschechoslowakischen Regierung wird jedenfalls darauf gerichtet sein, unter Verzicht auf wirtschaftshemmende, bürokratische Planungs- (oder Fehlplanungs-)Methoden die Wirtschaft gründlich zu überholen, zu modernsieren, leistungsfähiger zu machen, die Industrialisierung zurückgebliebener Gebiete — wie z. B. die Slowakei teilweise immer noch eines ist — zu fördern und damit die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung kräftig zu verbessern. Dass es da noch viel zu tun gibt und der Abstand zum kapitalistischen Westen in *dieser* Hinsicht verringert werden muss, hat Minister Smyrkowski letzthin unumwunden zugegeben. Die Tschechoslowakei wird den Weg zum Sozialismus in Freiheit und Selbständigkeit gehen, wie es nur recht und billig ist, aber nicht zur kapitalistischen Profit- und Ausbeutungswirtschaft zurückkehren. Die Leute, die solche Hoffnungen hegen, werden sich nur zu bald enttäuscht sehen...

Innerhalb des Ostblocks stösst freilich das Liberalisierungswerk der Tschechoslowakei nach wie vor auf teilweise scharfe Kritik und ausgesprochenen Widerstand. Die *Sowjetunion* vor allem hat ein eigentliches Sperrfeuer gegen das Eindringen politischer Freiheitsgedanken aus der Tschechoslowakei auch in *ihren* Raum eröffnet. Ja, sie warnt auch die anderen Mitgliedstaaten der Warschau-Pakt-Gruppe ernstlich vor westlichen Ideen, Freiheitsparolen und nationalistischen Tendenzen, die den Zusammenhalt des Ostblocks bedrohten. Breschnew hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zu einer Sondersitzung für die Abwehr dieser Gefahr aufgeboten, und in Versammlungen und Presse werden seine Losungen auf breiter Front weitergegeben. In der «Iswestja» z. B., dem sowjetischen Regierungsblatt, hiess es, die wirklichen Freiheiten seien Freiheit von Ausbeutung, von Wirtschaftskrisen, von Furcht vor der Zukunft und seien in den sozialisti-

schen Ländern längst verwirklicht, während die Sorge um persönliche Freiheitsrechte «eine Illusion der bürgerlichen Gesellschaft» sei.

Ähnliche Auffassungen scheinen in der *Deutschen Demokratischen Republik* vorzuherrschen. Die DDR hat sich unlängst eine neue Verfassung gegeben, die anstelle derjenigen von 1949 getreten ist. In ihr kommt der nun grundsätzlich sozialistische Charakter des ostdeutschen Staates klar und folgerichtig zum Ausdruck und wird als unmittelbar verpflichtende Wirklichkeit auch rechtlich festgelegt, so wie sie «unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei» geschaffen worden sei. Und man versteht ohne weiteres die Genugtuung, die aus der neuen Verfassung spricht, dass auf deutschem Boden ein sozialistischer Staat entstanden ist, der mit seiner Industrieproduktion an fünfter Stelle in Europa und an 14. im Welthandel steht, der alle entscheidenden Wirtschaftseinrichtungen in Gemeineigentum gebracht und Lebenshaltung und Bildungsstand eines 17-Millionen-Volkes von Jahr zu Jahr höher gehoben hat. Das alles spiegelt die Verfassung getreu wider.

Aber eines vermisst man in ihr: die auf der gesicherten Grundlage der sozialistischen Gemeinschaftsordnung möglich gewordene Ergänzung der wirtschaftlichen durch die *politische* Demokratie. Von den staatsbürgerlichen Grundrechten und Freiheiten, die dafür nötig sind, ist entweder überhaupt keine Rede oder sie sind so eingeengt, dass die diktatorische Staatsführung dadurch nicht berührt werden kann. Wohl ist Gewissens- und Glaubensfreiheit jedermann zugesichert; aber schon die Tätigkeit der Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften darf nur «in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen» ausgeübt werden, was jede Bekundung eines aus christlicher Überzeugung stammenden Gegensatzes zu den «marxistisch-leninistischen» Grundsätzen der Staatsführung ausschliesst. Und erst recht ist die Freiheit der Meinungsäusserung, der Vereinigung und der Verammlung ausdrücklich nur «in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Verfassung» gewährleistet, also unter Anerkennung derjenigen Art von «Verwirklichung» des Sozialismus, wie sie die DDR gewählt hat. Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist zwar in der Verfassung gleichfalls «gewährleistet», aber die geltenden Gesetze machen die Herausgabe von Druckerzeugnissen nach wie vor von einer Bewilligung durch die Behörden abhängig, tun also gerade das, was die Anhänger und Vorkämpfer der Pressefreiheit *nicht* wollen. Und dass auch am Radio und im Fernsehen nur zum Ausdruck kommen darf, was die Staats- und Parteibehörden für gut halten, liegt auf der Hand. Ein Streikrecht gibt es in Ostdeutschland sowieso nicht. Und ebensowenig Freiheit für Auslandreisen.

Die neue Verfassung der DDR ist somit von den Kernforderungen der tschechoslowakischen Freiheitsbewegung unberührt geblieben; ja es sieht so aus, als ob ihre schnelle Verabschiedung durch eine Volksabstimmung (die wie üblich eine überwältigende Jamehrheit gebracht hat) geradezu eine gewollte Kundgebung gegen die demokratische Reform in der Tschechoslowakei darstelle. Wir verkennen die besonders schwierige Lage der DDR gegen-

über der Bundesrepublik keineswegs und sind — wie gesagt — auch nicht einfach der Auffassung unzugänglich, dass die politische Diktatur im Innern der sozialistischen Länder ein Mittel zur Abwehr äusserer Gefahren für diese Länder gewesen oder noch heute sei. Aber ich bin der sicheren Überzeugung, dass sich diese Waffe im Lauf der Jahre sehr abgestumpft hat, und dass namentlich die sozialistische Ordnung der Wirtschaft auch in der DDR nach 20 Jahren gefestigt genug ist, um eine entscheidende Lockerung der politischen Diktatur nicht nur zu erlauben, sondern unbedingt zu verlangen.

Die Lage in der DDR ist zwar vielfach von derjenigen in der Tschechoslowakei verschieden, namentlich auch darin, dass die DDR niemals Folterungen durch die Geheimpolizei oder gar politische Justizmorde gekannt hat, wie sie leider in der Tschechoslowakei an der Tagesordnung waren, also auch keinen so radikalen Bruch mit der Vergangenheit nötig hatte wie ihr südlicher Bruderstaat. Aber darin sind sich beide Länder doch verwandt, dass der Stand der technisch-industriellen Entwicklung und der Volksbildung keine Bevormundung der Wirtschaftstätigkeit durch eine oft erstaunlich unfähige Zentralbürokratie mehr erlaubt und nun einer möglichst weitgehenden Selbstbestimmung der wirtschaftenden Menschen Platz machen muss.

Die DDR hat es tragisch versäumt, sich der Freiheitsbewegung in anderen Ostblockstaaten gerade jetzt anzuschliessen. Sie wird aber trotz allem nicht darum herumkommen, diesen Anschluss doch noch zu vollziehen. Und man wird sehen, dass es keine weiteren 19 Jahre braucht, bis eine neue Verfassungsreform in der DDR fällig wird, eine Reform, die den ostdeutschen Staat erst wirklich auf feste Füsse stellen und alle seine Bürger mit ihren sozialistischen Grundlagen aussöhnen wird.*

Magere Entwicklungshilfe Von der Weltöffentlichkeit recht wenig beachtet, hat im Vorfrühling während fast acht Wochen in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi die zweite *Welthandelskonferenz* der Vereinten Nationen getagt. 1600 Vertreter von 122 Ländern haben sich, oft im Schweiss ihres Angesichts, um die Verminderung der noch immer wachsenden Spannung zwischen wohlhabenden und armen Völkern bemüht, was die an der Konferenz beteiligten Länder zwischen acht und zehn Millionen Dollar (34 bis 43 Millionen Schweizer Franken) gekostet hat. Was für ein Ergebnis ist dabei herausgekommen?

Theoretisch war man sich in den wohlhabenden Ländern schon lang so ziemlich einig darüber, dass diese Länder mindestens ein Prozent ihres Volkseinkommens den Entwicklungsländern als Hilfe zukommen lassen müssten.

---

* Nur am Rand sei vermerkt, dass auch die «Neuen Wege» unter der Postzensur in der DDR zu leiden haben und zuweilen mit lächerlichen Begründungen an die Absendeorte zurückgeschickt werden. Es kommt auch immer noch vor, dass Geschenksendungen aus anderen Ländern an wirklich bedürftige Menschen in der DDR, z. B. an alleinstehende Frauen mit einer ganz ungenügenden Altersrente, entweder einfach spurlos verschwinden oder dann in Vietnam auftauchen, wo die Empfänger den Spendern zu deren Erstaunen schöne Dankesbriefe schreiben...

In Wirklichkeit hat der Durchschnittsbetrag der Entwicklungshilfe mit ganz wenigen Ausnahmen nicht einmal diese bescheidene Höhe erreicht und ist von 1961 bis 1964 sogar von 0,87 auf 0,66 Prozent zurückgegangen. Die Rüstungsausgaben der fortgeschrittenen Industriestaaten haben dafür in diesen Jahren um 8 bis 12 Prozent zugenommen. Anderseits sind die finanziellen Vorteile, die den armen Ländern aus der Entwicklungshilfe der reichen zuflossen, bekanntlich oft durch die Verluste auf- und überwogen worden, die sie durch das Sinken der Weltmarktpreise für ihre Rohstoffe und Halbfabrikate erlitten haben. Die Schweiz z. B. schenkte dem Staat Ghana im Jahr 1964 600 000 Franken für eine Krankenpflegeschule. Aber seit 1959 hatten Schweizer Importeure durch das Fallen der Kakaopreise in Ghana 14 Millionen Franken gewonnen. Und schliesslich werden die Entwicklungsgelder, die in die armen Länder gesteckt werden, vielfach sehr unzweckmässig verwendet. Wie Frank Harcourt im «Christian Socialist» (Januar 1968) hervorhebt, sind gegenwärtig 80 Prozent der Entwicklungshilfe der Regierungen zweckgebunden. «Sie müssen in den Geberländern, also in den industrialisierten Ländern, ausgegeben werden. Allein schon deswegen ballt sich die Entwicklungshilfe in den Hauptstädten zusammen, bei den Regierungen, in neuen Industrien, Luxushotels, flotten Boulevards, und schafft so Luxusinseln inmitten eines Meeres von ländlicher Armut.» 70 bis 80 Prozent der Entwicklungsvölker sind eben Landbevölkerung, so dass deren überschüssige Arbeitskräfte mit Vorliebe in die vermeintlich durch ausländische Hilfe bereicherten Städte abwandern, nur um oft genug in Arbeitslosigkeit, Schmutz und Elend zu versinken.

Was also vor allem nötig war, ist, dass die Entwicklungshilfe erstens erhöht würde, dass sie zweitens nicht durch Preisschwankungen wieder aufgefressen würde, und drittens, dass sie zweckmässiger verwendet würde. Ob die Konferenz von Neu-Delhi in diesen drei Punkten wirklich etwas erreicht hat, erscheint mindestens unsicher. Sie hat zwar empfohlen, dass künftig das eine Prozent des Volkseinkommens der reichen Länder, das den armen gespendet werden sollte, vom *Rein*einkommen der wirtschaftlichen Produktion erhoben werde, statt wie bisher vom *Roh*einkommen. Aber auf einen bestimmten Zeitpunkt für diese Erhöhung der Hilfe wollten sich die meisten Industrieländer nicht festlegen, und auch sonst wurde das Zugeständnis der hilfeleistenden Staaten mit allerhand Einschränkungen umgeben.

Was die Zoll- und Preisfrage auf dem Gebiet des Rohstoffhandels betrifft, so sind die Industrieländer vom hergebrachten System der Vorzugsbehandlung der Länder mit Handelsverträgen zwischen Käufer- und Verkäuferländern abgegangen und haben grundsätzlich den Rohstoffländern gleichen und freien Zugang zu ihren Märkten zugestanden. Aber diese Länder sind doch auf lange Zeit hinaus noch wenig wettbewerbsfähig und müssen darum grosse Anstrengungen machen, um die Qualität ihrer Erzeugnisse zu erhöhen, ihre Ausfuhr zu fördern und ihr Handelssystem beweglicher zu gestalten.

Von einer zweckmässigeren Verwendung der Entwicklungshilfe selbst

wird man auch nach der Konferenz von Delhi wohl nicht viel bemerken; die Westländer sind zu sehr daran interessiert, dass die Empfänger der Hilfsgelder möglichst viel davon im Ankauf von Gütern anlegen, die die Industrieländer herstellen, statt sie für die Modernisierung ihrer Landwirtschaft und ihrer zurückgebliebenen Gebiete zu verwenden. Die zweite Welthandelskonferenz war so eher ein Versprechen für die Zukunft als eine Gegenwartsleistung — dies umsomehr, als sie überhaupt keine bindenden Beschlüsse fassen konnte. Ihre Empfehlungen müssen zuerst noch vom Welthandelsrat genehmigt werden, bis sie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten der Konferenzorganisation («Ausschuss der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung») zugeleitet werden können. Und ob und wie weit die Einzelstaaten dann die Empfehlungen der Konferenz gutheissen werden, ist erst noch die Frage. Man sieht eben aufs Neue wieder, dass von einer wirklichen und rasch wirksamen Hilfe an die unterentwickelten Völker überhaupt keine Rede sein kann, solange die fortgeschrittenen Nationen im kapitalistischen Wirtschaftssystem stecken, das die Bedürfnisse der Verbraucher nur insoweit befriedigt, als in erster Linie das Gewinnstreben der Produzenten befriedigt wird. Dieses System von Grund auf zu überwinden und es durch eine Ordnung der gegenseitigen Hilfe, der Solidarität der Starken mit den Schwachen zu ersetzen, das bleibt von jedem Gesichtspunkt aus die entscheidende Aufgabe unserer Zeit auf dem Gebiet des Gemeinschaftslebens, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Abgeschlossen 2. Mai *Hugo Kramer*